

BPTK-NACHFRAGE

Welchen Handlungsbedarf sehen Sie in der psychotherapeutischen Versorgung psychisch kranker Menschen?



© Sina Schmidt Picture People

Dirk Heidenblut, SPD-Bundestagsabgeordneter

Wir benötigen dringend eine kurzfristige Lösung, um die langen Wartezeiten auf einen Behandlungsplatz zu reduzieren. Das gilt insbesondere für den Bereich der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie, auch vor dem Hintergrund der Auswirkungen der Pandemie. Ein schnell wirkender erster Schritt könnte die Erleichterung des Kostenerstattungsverfahrens sein. Hier ist zu klären, ob

es dazu gesetzlicher Regelungen bedarf. Mittelfristig ist eine Bedarfsplanungsreform notwendig, die zusätzliche psychotherapeutische Kassensitze, insbesondere in ländlichen und strukturschwachen Regionen, ermöglicht. Ferner brauchen wir eine schnelle Lösung für eine einforderbare, adäquate und gesicherte Bezahlung der Psychotherapeut*innen in Ausbildung und langfristig eine gerechte Vergütung der Psychotherapeut*innen in Weiterbildung.



© Thomas Trutschel

Dr. Kirsten Kappert-Gonther, Grünen-Bundestagsabgeordnete

Der Handlungsbedarf zur Stärkung der seelischen Gesundheit ist groß und wird infolge der Pandemie und des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine künftig noch zunehmen. Der Koalitionsvertrag setzt hier neue Maßstäbe. Nach dem Grundsatz Health in all Policies soll die seelische Gesundheit in allen Politikbereichen mitgedacht werden.

Die Zugänge zur Versorgung gerade für schwer und chronisch Kranke sollen zum Beispiel durch verbindlichere Vernetzung verbessert und die Suizidprävention ausgebaut werden. Wartezeiten auf einen Psychotherapieplatz wollen wir durch eine Reform der Bedarfsplanung verkürzen. Das Versorgungsangebot für schwer psychisch erkrankte Kinder und Jugendliche soll im Rahmen von Komplexleistungen passgenauer werden.



© Kristine Lütke

Kristine Lütke, FDP-Bundestagsabgeordnete

Psychisch kranke Menschen sind in Deutschland enormem Leidensdruck ausgesetzt. Psychische Erkrankungen führen zu einer massiv verminderten Lebensqualität. Schnelle Hilfe? Fast unmöglich: Denn in Deutschland fehlt es nicht nur an Bewusstsein für psychische Erkrankungen innerhalb der Gesellschaft, sondern auch an ausreichend Therapieplätzen – monatelange Wartezeiten sind die Regel.

Es liegt an der Politik, mit Prävention und Aufklärung die Stigmatisierung von psychischen Erkrankungen zu beenden. Zudem müssen wir die psychotherapeutische Bedarfsplanung reformieren, um Wartezeiten deutlich zu reduzieren. Unser Ziel ist klar: Durch die Förderung psychischer Gesundheit und Prävention wollen wir die Gesellschaft sensibilisieren und Einzelnen eine schnelle Hilfe ermöglichen.



© Jürgen Weisheitinger

Diana Stöcker, CDU-Bundestagsabgeordnete

Es gibt großen Handlungsbedarf bei der Versorgung psychisch kranker Menschen in Deutschland: Angefangen beim dringend notwendigen Ausbau psychosozialer Dienste über die unbedingt erforderliche Erhöhung der Anzahl der Kassensitze für gesetzlich zugelassene Psychotherapeut*innen bis hin zur Wahlmöglichkeit zwischen Präsenz- und Videosprechstunde auch für GKV-Patient*in-

nen. Die Corona-Pandemie und der Ukraine-Krieg haben auch Folgen für die psychische Gesundheit der Menschen, die wir dringend auffangen müssen. Kurzfristig hoffe ich, dass die angepasste ambulante Komplexversorgung bei Erwachsenen endlich über die ersten Netzverbünde starten kann. Außerdem sind mir die psychische Gesundheit junger Menschen und dafür notwendige Strukturen in Deutschland sehr wichtig.



© Uwe Warda

Kathrin Vogler, Linken-Bundestagsabgeordnete

Die psychotherapeutische Versorgung deckt in vielen Regionen bei Weitem nicht den Bedarf. Die Bedarfsplanung muss gerade in diesem Bereich dringend überarbeitet werden. Auch die Finanzierung der Therapie muss den Bedarf decken. Die fragwürdige Kostenerstattungspraxis der Kassen wollen wir so überflüssig machen. Die Arbeit von Psychotherapeut*innen in der Weiterbildung muss

adäquat finanziert werden. Regionale Versorgungszentren sollen mittelfristig zum Rückgrat der wohnortnahen Gesundheitsversorgung werden. Sie sollen sowohl ambulante als auch akutstationäre, notfallmedizinische, psychotherapeutische, (gemeinde-)pflegerische und weitere therapeutische Behandlungen in einer Region koordinieren und als zentrale Anlaufstelle für alle Patient*innen dienen.